

Ansprechpartner:

Uli Breuer: 0179 6909 xxx

Roland Schäfer: 0172 6820 xxx

Walter Schmidt: 0172 3891 xxx

Spendenkonto:

IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00

BIC: GENODEF1P06

An den
Hessischen Beauftragten für
Datenschutz und Informationsfreiheit
Herrn Prof. Dr. Alexander Roßnagel
Gustav-Stresemann-Ring 1
65189 Wiesbaden

Frankfurt, den **05.07.2024**

Videüberwachung im öffentlichen Raum im Umfeld von Konsulaten in Frankfurt

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Roßnagel,

in Ihrem aktuellen [Tätigkeitsbericht für das Jahr 2023](#) gehen Sie auch auf die Videoüberwachung von Demonstrant*innen vor dem iranischen Generalkonsulat in der Raimundstraße 90 in Frankfurt ein. Dies war – nach Hinweisen, die wir erhielten – auch Gegenstand der Berichterstattung auf unserer [Homepage](#). Dankenswerter Weise haben Sie in Ihrer Stellungnahme deutlich herausgearbeitet, dass die DSGVO, insbesondere [Art. 3](#) und [Art. 6](#), auch auf Fremde Missionen in Deutschland (Botschaften und Konsulate sowie Vertretungen internationaler Organisationen) anzuwenden ist.

Nachdem uns durch eine Informationsfreiheitsanfrage an das Außenministerium die in Ihrem Tätigkeitsbericht benannte [Rundnote](#) im Wortlaut bekannt wurde, möchten wir Sie darauf hinweisen, dass auch das Generalkonsulat der USA in der Gießener Straße 30 in Frankfurt mit Hilfe von ca. 30 Dome-Kameras in großem Umfang in der Lage ist, die angrenzenden Straßen und die Wohnbebauung, insbesondere in der Wetzlarer Straße sowie der Anneliese-Hoevel- und der Anna-Bayer-Straße zu überwachen.

Die Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** war in den letzten Jahren wiederholt im Rahmen der Solidarität mit Julian Assange, Chelsea Manning und Edward Snowden Mitveranstalter von Kundgebungen vor dem Generalkonsulat der USA. Dabei fielen uns die zahlreich vorhandenen Videokameras auf, die wir als Eingriffe in die Rechte auf Versammlungsfreiheit und auf informationelle Selbstbestimmung bewerteten. Wir gingen aber fälschlicherweise davon aus, dass es dagegen keine Möglichkeit der Abwehr gäbe.

Ihrem Tätigkeitsbericht und der Rundnote des Außenministeriums konnten wir entnehmen, dass unsere Rechtsauffassung falsch war. **Wir möchten Sie daher bitten, auch die Videoüberwachungsanlagen auf dem Gelände des US-Generalkonsulats einer Überprüfung und Bewertung zu unterziehen.** Auf unserer Homepage haben wir dazu vor wenigen Tagen eine [Fotodokumentation](#) veröffentlicht, die diesem Schreiben auch als Anlage beigefügt ist. Darauf ist etwa die Hälfte aller vorhandenen Überwachungskameras abgebildet.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass es lt. einer [Veröffentlichung der Hessischen Landesregierung](#) in Frankfurt konsularische Vertretungen von 80 Staaten gibt. Einige dieser



Staaten werden von autokratischen Regierungen geführt oder sind von tiefen inneren Auseinandersetzungen geprägt. Die Vertretungen dieser Staaten sind daher auch häufig Ziel von Kundgebungen und Demonstrationen deutscher und ausländischer Teilnehmer*innen. Zur Sicherung von deren Grundrechten auf Versammlungsfreiheit und auf informationelle Selbstbestimmung würde sich auch hier ein genauer Blick auf die in vielen Fällen vorhandenen Videoüberwachungsanlagen an den Konsulaten dringend empfehlen.

Ihrer Stellungnahme zu diesem Schreiben und unseren Anregungen sehen wir mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

dieDatenschützer Rhein Main (<https://ddrm.de/>)

gez. Uli Breuer

gez. Helga Röller

gez. Walter Schmidt

Anlage: Fotodokumentation eines Teils der Überwachungskameras auf dem Gelände des US-Generalkonsulats in Frankfurt

dieDatenschützer Rhein Main sind

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),

- Partner der Bündnis opt-out-Patientenakte (<https://widerspruch-epa.de/>),

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die Telematik-Infrastruktur im Gesundheitswesen, die Vorratsdatenspeicherung, die Informationsfreiheit bzw. die Transparenz staatlichen Handelns sowie weitere Datenschutzthemen.